

## newsticker

## TIERSEUCHE

**Bern** Im Elsass und in Süddeutschland sind neue Fälle von Blauzungenkrankheit aufgetreten. Um die Schweiz gegen die von Mücken übertragene Tierseuche zu wappnen, hat das Bundesamt für Veterinärwesen landesweit Vorsichtsmassnahmen beschlossen. Zum Beispiel werden mehr Mückenfallen aufgestellt.

## ABKOMMEN

**Bern** Die Schweiz und Aserbaidschan wollen ihre wirtschaftliche, technologische und wissenschaftliche Zusammenarbeit im Energiesektor verstärken. Bei einem Besuch in Baku unterzeichnete Bundesrat Moritz Leuenberger mehrere Abkommen.

## FLÜCHTLINGSHELFERIN

**Chur** Die 49-jährige Patricia Ganter Sonderegger ist zur Integrationsdelegierten des Kantons Graubünden gewählt worden. Sie übernimmt die neu geschaffene Stelle am 1. April nächsten Jahres.

## ARBEITSVERMITTLUNG

**Frauenfeld** Weil es zurzeit wenige Arbeitslose gibt, hat das Thurgauer Amt für Wirtschaft und Arbeit zu viele Mitarbeitende. Statt diese zu entlassen, leiht es Personal an Unternehmen aus.

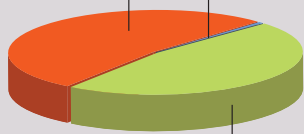
## RÜCKGABE

**Bern** Die Schweizer Behörden haben gestern eine gestohlene antike Bronzehand den türkischen Behörden übergeben. Die Hand einer römischen Statue war von Interpol gesucht worden. Der Basler Besitzer gab sie freiwillig zurück. (sda)

## votingdestages

Schadet die SVP dem Schweizer Image im Ausland?

52.5% Nein 0.4% Weiss nicht



2373 Votes insgesamt  
Online-Umfrage auf  
www.punkt.ch

# Religion Türke will Lage der Muslime kontrollieren

Von David Schaffner

Ömür Orhun sorgt sich um die Muslime in der Schweiz. Im November kommt der türkische Botschafter zur Kontroll-Visite.

Die Schweiz muss sich auf Kritik wegen schlechter Behandlung von Muslimen einstellen. Anfangs November reist der Sonderbeauftragte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an, um sich um die Rechte

der Schweizer Muslime zu kümmern.

## «Täglich beschimpft»

Den Besuch des Türken kündete gestern der Schweizer Botschafter Anton Thalmann in einer Rede an der Antirassismus-Konferenz

in Cordoba an. Orhun will sich mit Vertretern der Fachstelle für Rassismuskämpfung und Beamten von Bund, Kantonen und Gemeinden treffen.

Der Besuch sorgt bereits für Ärger: «Nun kommt es so weit, dass fremde Funktionäre über uns entscheiden», sagt der SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer. Der Vater der Minarett-Initiative dürfte mit ein Grund sein, warum sich Orhun um die Muslime Sorgen

macht. Laut Schlüer haben OSZE-Botschafter in der Schweiz nichts zu suchen.

Die Linke begrüsst den Besuch: «Die SVP ist mit ihren Kampagnen verantwortlich dafür, dass sich die Muslime in der Schweiz täglich beschimpft vorkommen», sagt Ueli Leuenberger, der Vize-Präsident der Grünen. «Ich hoffe, dass Orhun dafür sorgt, dass sich die SVP künftig mehr Gedanken über ihre Verantwortung macht.»

## Kantönligeist bei den Stipendien

Der Föderalismus treibt manchmal seltsame Blüten. Eine 22-jährige Universitätsstudentin beantragt Stipendien. Ihre Eltern haben ein steuerbares Einkommen von 60 000 Franken und kein Vermögen. Sie hat ein Bruder in Ausbildung und wohnt in ihrer eigenen Wohnung. Würden ihre Eltern im Kanton Zürich wohnen, erhielte sie keine Stipendien. Wäre der elterliche Wohnkanton Luzern, erhielte sie immerhin 4268 Franken jährlich, allerdings ein Viertel davon als Darlehen. Zug würde sich am spendabelsten zeigen: Die Studentin erhielte dort 13 800 Franken im Jahr.



Bei den Stipendien ist keiner gleich: Studierende an der Universität Zürich. Bild: Key

### Harmonisierung

Den Studierenden sind diese Unterschiede längst ein Dorn im Auge. «Die grossen Differenzen zwischen den Kantonen sind nicht akzeptabel», sagt Deborah Umme, Kopräsidentin des Verbands der Schweizer Studierendenschaften (VSS). Gestern legte der VSS einen Entwurf für ein Bundesgesetz zur Harmonisierung des Stipendienwesens vor. Eine Bundeskommission soll Grundlagen zur Berechnung der Stipendien festle-

gen. Die Höhe der Stipendien und der Bezügerkreis würden vereinheitlicht.

Diese Forderung unterstützen auch viele Experten und Bildungspolitiker. Im Parlament in Bern sind dazu mehrere Vorstösse hängig, einer von der Bildungskommission (WBK).

Trotz dieser Bemühungen liegt eine Lösung noch in weiter Ferne. «Das Thema ist knifflig, da sich niemand zuständig fühlt», sagt die WBK-Präsidentin, Nationalrätin Kathy Riklin (CVP, ZH). Es sei bequemer, nichts zu machen, sagt sie.

Der Bund drückt sich nicht nur vor einer gesetzge-

berischen Verantwortung. Er zieht sich auch finanziell aus dem Stipendienwesen zurück. Die Bundesbeiträge sinken seit Jahren. Das sei keine gute Entwicklung, sagt der Präsident der Interkantonalen Stipendienkonferenz, Charles Stirnimann.

### Bundeslösung ist nötig

Dennoch ist er optimistisch: «Das Thema ist wieder im politischen Bewusstsein.» Zudem wolle das Volk diesen Kantönligeist abschaffen, sagt er.

Ende Oktober werden die Erziehungsdirektoren der Kantone eine interkanto-

nale Vereinbarung in die Vernehmlassung schicken. «Dieser Entwurf ist die Basis für eine fundierte Debatte», sagt Stirnimann. Weiterhin sei aber eine Bundeslösung nötig, sagt er – inklusive finanzieller Unterstützung.

Um eine Bundeslösung zu erreichen, lädt der VSS Ende November die Parteien und Kantone an einen Tisch. «Wir wollen diskutieren, wie man wo weiterkommen kann», sagt Umme vom VSS. Eine Prognose, wann die Harmonisierung frühestens vollzogen ist, wagt jedoch niemand. **Lukas Mäder**